

SEHR GEEHRTER BÜRGER IN UNIFORM !

Sie tragen eine Uniform, die Sie verpflichtet für Recht und Ordnung einzutreten. Es besteht die Möglichkeit, daß einer Ihrer nächsten Einsatzbefehle Sie vielleicht nach Brokdorf an der Elbe bringt. Sie werden dort der betroffenen Bevölkerung aus dieser Region und aus den umliegenden Gebieten gegenüberstehen, von denen 31000 durch ihre Unterschrift (in nur 4 Wochen gesammelt) gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf protestiert haben. Sie werden sich sicher fragen, warum wir uns dagegen wehren. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Bau dieses und aller anderen Atomkraftwerke der Menschheit viel Leid, vielen von ihnen den sicheren Tod durch Krebs und nachfolgenden Generationen nicht vorhersehbare Erbschäden bringen wird.

Die Beseitigung und Lagerung des radioaktiven Mülls und die Probleme durch die Freisetzung von Plutonium bei der Wiederaufbereitung sind in keiner Weise geklärt.

Nach etwa zwanzig Jahren Betrieb stehen die Atomkraftwerke Jahrhunderte lang als Lebensbedrohende Ruinen in der Landschaft.

Die Berechtigung unserer Befürchtungen werden durch die Einwände und Gutachten zahlreicher Wissenschaftler bestätigt.

Die Landesregierung hat sich über unsere Argumente und Einwände in einer Art und Weise hinweggesetzt, die uns veranlaßt, energischer vorzugehen. Obwohl Klagen aufgrund gesundheitlicher und standörtlicher Bedenken gegen die Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf beim Verwaltungsgericht Schleswig vorliegen, wollte die Kernkraftwerke Brokdorf GmbH (NWK u. HEW) anfangen zu bauen. Bis das Verfahren angelaufen ist (das wird Jahre dauern), wird ein Bauzustand erreicht sein, der schwer rückgängig gemacht werden kann. Wir alle befürchten, daß diese Tatsache den Verlauf des Verfahrens, ja das Urteil selbst beeinflussen kann. (In Wyhl darf auf eigenes Risiko der Betreiber mit dem Bau begonnen werden, obwohl das Hauptsache verfahren noch lange nicht entschieden ist. Betreiber ist die Landesregierung zu 50 %)

Nun ist die Landesregierung entschlossen unseren Widerstand, nachdem sie unsere Argumente nicht entkräftigen konnte mit Polizeigewalt zu brechen.

Diskutieren Sie mit Ihren Kollegen und Vorgesetzten diese Situation und überlegen Sie sich, auf welcher Seite das Recht steht.

Die norddeutschen Bürgerinitiativen